

# DIE ARBEITSEISE.

Jmer strebe zum Ganzen! Und kaüst Du selber kein Ganzes  
Werden, als dienendes Glied schliess' an ein Ganzes Dich an!

## Organ des Verbandes der Porzellan-u. verwand. Arbeiter beiderl. Geschl.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,00 Mark für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 Mark. Postzeitungsnummer 295 a. Insertionsgebühr für die Petitzeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Vorauszahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind an den Verbandskassierer J. Bey zu richten. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Technische und sozialpolitische Artikel werden gegen Honorar entgegengenommen. Redakteur: R. Jahn, Berlin SO., Engelauer 15 II.

Nr. 28.

Berlin, den 13. Juli 1900.

27. Jahrg.

### Von der Generalversammlung.

In voriger Nummer konnten wir die von der Generalversammlung angenommene Resolution noch bringen. Es endete diese den Fall Vorstand-Schiedsgericht-Bey, die Spannung der Gemüther war nun doch in etwas gemindert und es konnte nur allenfalls noch die Wahl des Vorortes und des Vorstandes etwas Aufregung verursachen.

Ilmenau hatte beantragt, den Vorort nach Gotha zu verlegen und wurde dies damit begründet, daß die große Anzahl Porzellanarbeiter, die die Thüringer Lande bevölkern, einen gewissen Anspruch darauf hätten, den Vorort bei sich zu haben, daß dort billigere Miete u. s. w., daß die vereinsgesetzlichen Bestimmungen in Gotha tolerant seien, ja, es wurde sogar aus Fürsorge für die Bureaubeamten angeführt, daß im Gegensatz zur Großstadtluft, die nicht zum Besten auf die Beamten wirke, dort im Thüringerland eine „gesündere Luft“ wehe. Es konnten sich aber trotzdem nur 10 Delegierte für die Verlegung des Vorortes erwärmen, und bleibt also der Vorort weit in Berlin. Fast auf jeder Generalversammlung taucht die Frage der Verlegung des Vorortes auf, jedoch hat sich die Überzeugung genügend eingepreßt, daß die Hauptstadt des Landes, wo alle sonstigen Fäden des Staatswesens, Verkehrs u. zusammenlaufen, auch für den Sitz einer Gewerkschaft der geeignetste Platz ist.

Nach der Wahl des Vorortes, die des Vorstandes. Der Verbandskassierer ersuchte, mit Rücksicht auf seinen Zustand, die Wahl des Kassierers vorerst vorzunehmen. Auf die Frage eines Delegierten, ob er das Amt wieder annehme, gab Bey die Erklärung ab, daß er wegen seines körperlichen Zustandes hierzu nicht in der Lage sei und wäre es der Fall, so müßte er erst wissen, wer zum Vorsitzenden, Schriftführer und Redakteur gewählt würde, da zwischen den bisherigen Inhabern dieser Stellen und ihm „das Lichtschwert zerissen“ sei. Der Antrag, eine Wahlkommission zu bestimmen, wird abgelehnt, es soll auf dieser Generalversammlung alles im Plenum verhandelt und erörtert werden.

Vorgeschlagen werden zum Kassierer: Bühl,

Herden, Munk, Poesenecker, Seebald. In der notwendig gewordenen Stichwahl zwischen Herden und Seebald geht schließlich Wilhelm Herden-Walzenburg mit 20 gegen 17 Stimmen als Verbandskassierer hervor. Wir plauderten für die Wahl Seebald's, weil der Verbandskassierer Bey diesen schon früher als die geeignetste Person für diesen Posten bezeichnete. Wie weit die Vereinigenommenheit gegen den bisherigen Vorstand ging, bewies eine Reuekerung des Vertreters von Oberhausen: „Damit Seebald herein kommt, ist die Angelegenheit Bey vom Vorstand gemacht worden.“ Man muß sich fragen, wie es möglich sein kann, daß sich solche Ideen überhaupt in einen Kopf verirren können. Dem neuen Verbandskassierer wurde seine Wahl telegraphisch übermittelt resp. wurde gefragt, ob er annehme, und dies telegraphisch bejaht. Der neue Kollege ist uns als ein genauer, tüchtiger Zahlstellenkassierer, als ein ehrlicher Charakter, als ein auf dem Boden unserer gewerkschaftlichen und politischen Anschauungen stehender Genosse bekannt geworden und zweifeln wir nicht daran, daß die Generalversammlung nicht nur seinen Erfolg gemacht hat, sondern daß ihr Beschluß zum Besten der Organisation ausgefallen wird.

Bei der nun folgenden Wahl des Vorsitzenden wurde Wollmann, (als stellvertretender Vorsitzender Graag-Berlin), als Schriftführer Schneider, als Redakteur Jahn mit großer Majorität wiedergewählt. Zu Verbandsrevisoren wurden ebenfalls Poesenecker, Wegener, Jarges und als Stellvertreter Hoppe, Jakob, Munk wiedergewählt. Die Beisitzer zum Vorstand werden in den Berlin-Charlottenburger Zahlstellen erwählt. Auf Antrag des Redakteurs selbst wird beschlossen, daß dieser nicht mehr wie bisher zum Vorstand gehört, damit derselbe nicht in Kollision mit seiner Thätigkeit als Vorstandsmittglied und Redakteur kommt. Selbstverständlich untersteht derselbe aber dem Vorstand und ist berechtigt, an den Vorstandssitzungen teilzunehmen.

Das Gehalt des Schriftführers Schneider wird mit dem der übrigen Beamten gleich-

gestellt, das des Hilfsbeamten des Verbandskassierers (Duse) wird auf 1750 Mk. des Jahr erhöht.

Im Einverständnis mit der Generalversammlung hatte der Kassierer Bey die Kasse im Laufe des Vormittags an Duse bis zum Eintreffen des neuen Kassierers übergeben und teilte Bey mit, daß die Übergabe resp. Übernahme nunmehr erfolgt sei. Er verabschiedet sich von der Generalversammlung und weist darauf hin, daß die Generalversammlung durch Annahme der Resolution Jungmans ihm ein Abgangszugniß ausgestellt habe, worauf er wohl schließlich Arbeit erhalten könne.

Der Vorsitzende (Lang) richtet an den Scheidenden demgegenüber aber Worte der ehrenvollsten Anerkennung und die Versammlung bekräftigt dies durch Scheiden von den Plätzen. Der nun folgende Weggang Bey's war sicher ein, man möchte sagen, historischer Moment. Man muß bedenken, daß ein halb e hundert Jahre lang durch die Person Bey mit der Porzellanarbeiterorganisation in Berlin und daß es in erster Linie Bey war, der die Organisation förderte, ohne den man sich Jahre lang die Organisation gar nicht denken konnte. Nach den jüngsten Vorgängen und Brunnenglimpfungen, die wir und die übrigen Verbandsmitglieder durch Bey erleiden mußten, wäre es wohl verständlich, wenn wir kurzerhand einen Strich unter diese Angelegenheit machten. Jedoch hatten wir uns verpflichtet, unseren Mitgliedern gegenüber, unter Hinweisung aller persönlichen Momente, auch öffentlich zu erklären, daß die Worte der ehrenvollsten Anerkennung, die die Generalversammlung dem Scheidenden widmete, vollständig am Platze waren und Wiederhall bei allen Mitgliedern des Porzellanarbeiterverbandes finden werden.

Es folgte nun die Wahl des Ortes für das Schiedsgericht und schloß sich daran natürlicherweise eine längere Diskussion, als deren Ergebnis unter Ablehnung des Antrages Berlin II (Auswahl) die Wiederwahl von Oberhausen als Sitz des Schiedsgerichts hervorging.

Außerdem wurde den Anträgen Jarges, Huboldtschl, Neuhaldensleben, welche die Befugnisse des Schiedsgerichts festlegen, zu-

gestimmt und ist besonders bemerkenswert, daß durch Annahme des Antrages Neuhaldensleben, das Schiedsgericht nunmehr auch eine Mitgliederabstimmung beantragen bzw. veranlassen kann. Hierauf folgte die Verathung der gestellten Anträge und zwar zunächst jene, die sich auf Drucklegung des Protokolls dieser Generalversammlung beziehen. Beschlossen wird, dasselbe in Broschürenform herzustellen und jedem Mitgliede ein Exemplar kostenlos zuzustellen. Angenommen wird ein Antrag Wittenberg zu § 6, Abs. 3: Neuausgelernte, welche 2 Jahre dem Verbands angehören, können sich binnen 4 Wochen nach Beendigung ihrer Lehrzeit nach ihrem in diesem Zeitraum (4 Wochen) erzielten Durchschnittsverdienst entsprechend versichern. Desgleichen ein Antrag Bernsdorf zu § 3, Abs. 2: Den Mitgliedern des Verbandes ist, wenn sie ihre Mitgliedschaft unterbrechen, aber einer anderen Organisation im Auslande angehören, bei Wiedereintritt die erhöhte Unterstützung zu zahlen resp. die Zeit der früheren Zugehörigkeit anzurechnen.

Diverse Anträge lagen vor, welche sich auf eine Herabsetzung der 15 Prozent, die den Zahlstellen zur Verwendung bleiben, bezogen, jedoch wurden dieselben abgelehnt und verbleiben den Zahlstellen auch ferner diese 15 pSt. Die Kritik, welche an der vielfach unrichtigen Verwendung dieser Gelder durch die Verwaltungen geübt wurde, läßt erwarten, daß für die Zukunft die größtmögliche Vorsicht beobachtet wird und keine Ausgaben gemacht werden, welche unseren gewerkschaftlichen Bestrebungen zuwiderlaufen.

Der im Frühjahr herrschende Kohlemangel, verursacht durch den Streik der Bergarbeiter und das daraus resultierende gezwungene „Festern“ einer größeren Anzahl unserer Mitglieder, hatte bekanntlich die schon 1892 abgegebene Frage der Festerunterstützung wieder in Fluss gebracht. Eine ganze Anzahl Anträge lagen vor, die alle mehr oder weniger bezweckten, eine statutarische Bestimmung zu schaffen und dadurch die Festerunterstützung, wenn auch in bedingter Weise, wieder einzuführen. Jedoch wurden alle diese Anträge abgelehnt und ausdrücklich beschlossen, daß Festerunterstützung, gleichviel in welcher Form, nicht zu zahlen ist.

Neuhaldensleben hatte beantragt, den Verwaltungen mehr Rechte i. Bezug auf die Gewährung der freiwilligen Arbeitsaufgabe, als auch Gewährung von Fahrkosten etc. einzuräumen und dementsprechend in § 9 und 11 des Unterstützungsreglements statt „Vorstand“ zu setzen „Verwaltung“.

Der Antrag wurde aber abgelehnt, und das war nach den gemachten Erfahrungen nur richtig.

Zum Beihilfefond war ein Antrag eingegangen des Inhalts, daß Mitglieder dem Beihilfefond beitreten können, da wo die Fabrikantenkasse  $\frac{3}{4}$  des Durchschnittsverdienstes zahlt, aber während des Bezuges des  $\frac{3}{4}$  Krankengeldes soll kein Anspruch auf Beihilfe vorliegen. Dieser Antrag wurde abgelehnt, ebenso ein Antrag Muhl, um den Beihilfefond zu stärken, zwei Extrabeiträge zu erheben.

Anträge Magdeburg, Rudau und Oberhausen, welche fordern, daß der Redakteur keine Bemerkung zu Artikeln bzw. keine gehässige oder beleidigende Äußerung in eingelangten Artikeln einschalten darf, gaben diesem Gelegenheit, eine Erklärung für die in den letzten Nummern, speziell Nummer 28 der „Amelie“ enthaltenen „Anmerkungen“ zu geben. Es lehnte die General-Versammlung die Anträge ab; es ist auch ganz denkbar, daß man den Leiter eines Blattes nach der Richtung die Hände binden könnte.

Die begreifliche Erregung, die durch die „Affaire“ entstanden ist, die Beleidigung, die dem Vorstand beispielsweise durch die Beschuldigung, die Angelegenheit Ben provoziert zu haben, um denselben aus seinem Amte zu verdrängen, angehen wurden, haben freilich einige scharfe Worte gezeitigt, die aber doch lediglich als Kompensation, als Ausgleich gelten müssen. An der Hand eines Falles von Fürstenberg a. Oder konnten wir nachweisen, wie schwer einem das verantwortungsvolle Amt des Redakteurs, verantwortlich gegenüber der Öffentlichkeit und der Staatsanwaltschaft, gemacht wird. Daß aber für die Zukunft alles unterbleiben wird, was Anlaß zu Klagen geben könnte, nun, das wird ohnehin beobachtet werden.

Im Anschluß an diese Sache stellte der Redakteur an die General-Versammlung die Frage, ob der Vorstandsbeschluss, monach irrthümlich an diesen oder die anderen Beamten eingeladete Geldbeträge angenommen und an den Verbandskassierer abgeliefert werden können, nun zu Recht bestehen bleibt oder nicht. Mit allen gegen eine Stimme (Grüner) wurde diese Frage bejaht. Mit diesem Beschlusse ist die vollständige Rehabilitation des Schreibers dieses ausgesprochen.

Mehrere Anträge, die sich auf unser Verhältnis zum Unternehmertum beziehen, werden dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Anträge Neuhaldensleben und Magdeburg, welche die Frage einer Verschmelzung bzw. eine Erleichterung für eventl. zu uns übertretende Mitglieder des Magdeburger Verbandes berühren, wurden abgelehnt, angenommen wurde nur, daß, sofern ganze Lokalstellen zu uns übertreten wollen, der Vorstand ermächtigt wird, die Bedingungen des Uebertrittes festzusetzen und dem stattzugeben. Die Begründung des Antrages Neuhaldensleben ist in ihrem Wortlaut eine äußerst ungeschickte, wir wollten aber nach Lage der ganzen Situation vor der Generalversammlung absolut nichts an dem Inhalt der Eingänge ändern und bei Neuhaldensleben insbesondere konnten wir das nicht. Der Kollege Sellmigt macht sich ja nun in den letzten „Mittheilung“ vom Magdeburger Verband auch wieder lustig über die „Risten und Risten“, doch schadet das auch weiter nicht!

Es muß abgewartet werden, ob die Magdeburger noch zu der Ueberzeugung kommen, daß es für sie vortheilhafter ist, wenn sie sich unseren Reihen anschließen; keinesfalls kann man nach Ablehnung der betr. Anträge gegen uns den Vorwurf erheben, als hätten wir etwa besondere Angeln ausgeworfen.

Daß die „Magdeburger“ uns zu jeder Zeit willkommen sind, wenn sie kommen, diese Thatsache ist bekannt und braucht durchaus nicht verschwiegen zu werden.

Bezüglich der Festlegung und Zuweisung einer Rente oder Pension an den abgehenden Verbandskassierer hatte bereits der Genosse Leyten in seinem Referat Anregung gegeben, der Verbandskassierer hatte aber durch Zwischenruf schon abgelehnt, hiervon Gebrauch zu machen. Nichtsdestoweniger beschäftigte sich die Generalversammlung noch mit dieser Sache. Nach den Kontrakten erhalten die Beamten im Falle einer Erkrankung ihr Gehalt  $\frac{1}{2}$  Jahr weiter, nach dieser Zeit treten sie in den Bezug der Beihilfe und  $\frac{1}{2}$  ihres Gehaltes. Es würde also erst  $\frac{1}{2}$  Jahr sein Gehalt weiter beziehen. Ein Antrag lag nach Ablauf dieses Vierteljahres zur Beihilfe so viel Zuschuß zu geben, daß er total erhält, als jetzt sein Gehalt beträgt, wird abgelehnt, dagegen beschlossen, die Regelung dieser Sache dem Vorstand zu übertragen.

der nach Ablauf obiger Zeit Mittel und Wege finden wird, eventl. durch Mitgliederabstimmung dem Wunsche der Generalversammlung gerecht zu werden.

Auf Antrag eines Delegirten, der darauf hinweist, daß das, was wir für uns selbst wollen, zunächst auch bei uns eingeführt werden muß, wird beschlossen, den Bureaubeamten im Jahre abwechselnd einen Urlaub von 14 Tagen zu bewilligen.

Die „Union“, Sitz Wien, hat bekanntlich ein Darlehen von 10 000 Mk. vom diesseitigen Verbands. Es wird aus der Mitte der Delegirten verlangt, daß doch endlich einmal Klarheit darüber geschaffen werden solle, ob dasselbe zurückgezahlt wird oder nicht. Beantragt wird, der Union aufzugeben, das Darlehen ab 1. Juli wenigstens zu verzinsen, doch wird dies abgelehnt. An der Rückzahlung soll festgehalten werden und wird der Vorstand beauftragt, mit der Unionseitung baldigst deswegen in Verbindung zu treten.

Die nächste ordentliche Generalversammlung würde in 2 Jahren stattfinden haben; mit Rücksicht aber auf die gegenwärtige ist man der Ansicht, daß die nächste erst in 3 Jahren stattfinden brauche. Einem diesbezüglichen Antrage wird zugestimmt, doch langten die Stimmen nicht zur nöthigen Zweidrittelmajorität, so daß die nächste Generalversammlung in 2 Jahren stattfindet, sofern nicht die Mitglieder etwa durch Mitgliederabstimmung bekunden, daß sie für einen längeren Termin sind.

Die Beschlüsse sollen am 1. August in Kraft treten. Die Statutenänderungen sollen in Form eines Nachtrags gedruckt werden.

Bollmann hat das Schlusswort, er resümiert kurz die Verhandlungen; der Friede sei nun hier geschaffen worden, es hätten jetzt die Delegirten dafür zu sorgen, daß auch draußen Friede wird. Der Vorsitzende Lang schließt die Generalversammlung.

Auch wir möchten nicht unterlassen, die Verbandsgeossen zu ersuchen, nunmehr ihr Augenmerk darauf zu richten, daß die Angelegenheit, die viel Staub aufgewirbelt, nun aber als erledigt betrachtet werden muß, so bald als möglich vergessen wird. Der Einbruch, der gewiß kein guter war, muß nun vermischen werden. Das Vertrauen, welches die Verbandsbeamten bis jetzt besaßen, wurde durch eine Person erschüttert, wir können dreist sagen, auf unsere Wiederwahl haben wir während der Generalversammlung gar nicht gehofft. Die Person, die, jumein gezwungen durch Krankheit, den Platz verlassen hat, sie hat als letzte Leistung wohl es fertig gebracht, drei Personen mit allen möglichen und unmöglichen Verunglimpfungen zu bedecken. Die Generalversammlung aber hat trotzdem die Betreffenden als ihres Vertragens würdig erachtet und wiedergewählt. Wenn nun die Verbandsgeossen das Protokoll erhalten und daraus so manchen Satz wohl benutzen könnten, um heraus Schlüsse zu Ungunsten der Betheiligten zu ziehen; so muß demgegenüber aber doch die obige Thatsache beachtet werden. Die Generalversammlung hat, auch wenn sie der Resolution Junghaus, sie gewiß bittere Bitten enthält, zustimmte, trotzdem uns ihres Vertrauens würdig erachtet und das konnte und durfte nicht sein, wenn sie von den gegen die einzelnen Personen gerichteten heillosen Vorwürfen unberührt gewesen wäre. Wir würden deswegen um ohne Weiteres das Recht in Anspruch, von Euch, welche Verbandsgeossen das Vertrauen fortsetzen zu können und sich überzeugen, Ihr werdet es uns leisten, damit wir, wie bisher, das

Interesse der Organisation fördern und daran arbeiten können, den gestellten Aufgaben gerecht zu werden.

Unsere „Haltung“, die beeinflusst von der leidigen Angeltendenz, in der letzten Zeit nicht so sein konnte, als es wünschenswert war, sie wird schon wieder in Ordnung kommen. Wir werden, nachdem die Generalversammlung uns entlastet, nachdem sie insbesondere sich über ein Stück Bureaukratie bezügl. des Geldempfanges in anerkannter Weise hinweggesetzt hat, unsere Pflicht wie bisher erfüllen und erwarten, daß die Zahlstellenverwaltungen, daß alle Mitglieder uns darin unterstützen werden.

## Die Porzellanindustrie.

II.

Das untrügliche Kennzeichen der kapitalistischen Produktionsweise ist die Arbeitsteilung. Wir finden diese daher auch sowie in allen anderen Berufsarten in ihren mannigfachen Gestaltungen und Formen vorherrschend in der Erzeugung des Porzellans, der Umstand, daß die ganze im Aufschwunge begriffene Entwicklung des Berufes zur gegenseitigen Konkurrenz drängt, schuf eben auch hier die im Interesse einer intensiveren Erzeugungsmethode vorgenommene Arbeitsteilung. In der Porzellanfabrikation haben wir Leute, die sich vorwiegend mit ein und demselben Gegenstand beschäftigen. Was es sich die Malerei, die durch das Druckverfahren am meisten mitgenommen wurde, anbelangt, so sehen wir hier, wie beispielsweise in größeren Fabriken die Gegenstände aus den Händen der Drucker in die des Malers, der den Vordruck koloriert, wandert, bis sie endlich beim „Ränderer“ angelangt, mit einfachen oder bunten Rändern versehen, die letzte Ausschmückung erhalten haben und zum Schmelzen reif sind. Dieses entwickelte kapitalistische System hat aber auch auf die Lehrlingsfrage Einfluß genommen. Der Bursche, der heute in die Fabrik eintritt, um Dreher oder Maler zu werden, erhält während der zumeist fünfjährigen Lehrzeit sehr oft eine recht mangelhafte fachliche Ausbildung, die es ihm später doppelt schwer macht, in dem wirtschaftlich so sehr heruntergekommenen Berufe sein ordentliches Fortkommen zu finden. Wird er einseitig nur für einzelne Spezialfächer jener Branche ausgebildet, dann ist er statt Künstler, als die man vielfach noch den gelernten Porzellaner bezeichnet, — nicht einmal ein ordentlicher Handwerker, der sich voll und ganz in seinem Fache auskennt, sondern er ist eben Theilarbeiter, „Sklave“ der modernen Fabrik. Wird, wie dies fast immer der Fall ist, — bei dem Burschen auf das eigentliche Lernen überhaupt keine Rücksicht genommen, und betrachtet man ihn ganz als Arbeiter, der sobald wie möglich als Massenproduzent aufzutreten hat, dann ist es um so schlimmer. Die lieben langen fünf Jahre gehen unter Plage und Mühsal spurlos für die Verbildung des Jünglings vorüber, und wenn er endlich „frei“ ist, dann beginnt erst recht der ganze Jammer. Er tritt hinaus in die Welt, um sich anders wo sein Brot zu suchen. Aber nun erst merkt er, daß er eine vollständige verlorene Zeit von fünf Jahren hinter sich hat, und es muß jetzt, wo er vorbieten und erwerben sollte, erst nachholen, lernen und sich einüben.

Aber mit dieser Lehrlingszüchterei hat sich auch der moderne Kapitalismus in der Porzellanindustrie allezeit nicht begnügt. Das Prinzip der niedrigen Lohnlöhnen die Arbeitskraft in der intensivsten Weise auszunutzen, kam naturgemäß auch hier zum Durchbruch, und auf die Frauarbeit in ihren

weitverzweigten Konsequenzen. In der Dreherei und Malerei, die einst ausschließlich von gelernten und geschulten Arbeitern beherrscht wurden, hat heute die Frauarbeit bereits einen solchen Grad der Entwicklung erreicht, daß sie von Tag zu Tag die gelernte männliche Arbeitskraft immer mehr zurückdrängt. In der Malerei bildete speziell das Druckverfahren hierzu die bequeme Vorbedingung. Die Geschirre, die entweder mit Schwarzdruck versehen und dann einfach koloriert, oder gleich mit bunten Mustern bedruckt werden, bedürfen nicht mehr der geschickten und geübten Hand. Einige Wochen genügen, um die einfachen Handgriffe zu erlernen, und dazu kann man die weibliche Arbeitskraft billiger haben, als die der gelernten Arbeiter. Die Konkurrenz, die also auch hier durch die ungelernete Frauenarbeit den Berufsangehörigen erwuchs, führte naturgemäß, wie überall, wo man es mit gleichgearteten Erscheinungen zu thun hat, zu einer bedenklichen Reduzierung der Arbeitslöhne, so daß sich innerhalb weniger Jahre der wirtschaftliche Niedergang unter der Porzellanarbeiterschaft mit rasider Schnelligkeit vollzog. Was bleibt aber einem Familienvater, dessen Lohn zur Ernährung einer Familie nicht zu reicht, übrig, als seine Frau in die Fabrik zu entsenden, damit sie beiträgt zu dem bescheidenen Haushalte? Wer also das Kapitel von der Frauenarbeit und der dadurch bedingten Zerrörung des Familienlebens genau kennen lernen will, der hat wahrhaftig bei dem Porzellaner überreichlich Gelegenheit. Wo heute die Porzellanindustrie vorherrschend ist, da sind wir, von wenigen Ausnahmen abgesehen, daß die Frau des gelernten Arbeiters in der Regel entweder an der Drehscheibe oder am Malpulte sitzt, und so als Korrektur des Mannes auf den Plan zu treten gezwungen ist. Wem es gelüftet, die traurigen Folgen dieses unnatürlichen Verhältnisses kennen zu lernen, der besuche sich gefälligst nur das Bild, welches der Feierabend in einer großen Porzellanfabrik bietet. Da strömen sie heraus aus den Thoren, die zum Teil blaffen, kränklich aussehenden Weiber, mit hohlen eingefallenen Wangen, als lebendes Zeichen dafür, daß Staub und Qualm der Arbeitsstätte die Lungenkraft schwächt, und die Opfer zur „Proletarierkrankheit“ vorbereitet.

Nach solchen Darlegungen kann also wohl kein Zweifel bestehen, daß die Porzellanindustrie von heute, alle Zeichen des modernen Kapitalismus besitzt. Die mannigfachen Mängel und Gebrechen zeigen sich in der ganzen Industrie, die freilich in erster Linie auf den Arbeiter zurück wirken, und die ihn zu dem modernen Hörigkeitsmenschen stampeln, der Tag für Tag immer deutlicher empfindet, daß die Verhältnisse dringend reformbedürftig sind. Und so wie keine höhere Macht zur Bänderung des Loses der Arbeiter im Allgemeinen bestimmt ist, so gibt es auch für den Porzellanarbeiter nur ein Mittel: Dürftige und kräftige Fachorganisation, mittelst welcher den zerstörenden Wirkungen des Kapitalismus im eigenen Berufe entgegenzuarbeiten werden muß. Und diese anzubahnen, ist wahrlich für den Porzellanarbeiter nicht so schwer, wie für die Angehörigen manch anderer Berufsarten. Die moderne Großproduktion in der Porzellanbranche hat nämlich den Einzelnen hinausgedrängt in das soziale Leben. Er ist kein Arbeiter, der im zwerghaften Betriebe eines selbstständigen Gewerbezweiges abgetrennt von seinen übrigen Kollegen thätig ist. Von der Masse und durch das wirtschaftliche Leben hin- und hergeschoben, haben die Angehörigen der Porzellanbranche als fluktuierendes Element, das Glas voraus, daß sie losgerissen von

dem engen Gesichtskreis einer heimathlichen Scholle, ein Stück Wirklichkeit schon meist in jungen Jahren kennen lernen. Ihr Gesichtskreis ist erweitert und für die Fern der Neuzeit zugänglich.

Mögen sie also die Gelegenheit in kräftigen Tagen genießen, die das flühende Leben der Gegenwart so reichlich bietet, mögen sie das Band der Solidität immer fester schließen, zum Nutzen und Wohl eines so schwer leidenden industriellen Standes.

Fr. L.

## Oesterreichischer Gewerkschaftskongress.

Der Kongress wurde am 11. Juni in Wien eröffnet und tagte bis zum 15. Vereint waren 160 Organisationen mit 85 080 Mitglieder durch 150 Delegierte. Außerdem waren vertreten die tschechische Gewerkschaftskommission (Prag) und der Verband österreichischer sozialdemokratischer Reichsrathsabgeordneter. Aus dem gedruckt vorliegenden vom Gewerkschaftssekretär Hueber ergänzten Rechenschaftsbericht sei mitgeteilt, in welcher Weise sich die österreichische Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren entwickelte.

	1892	1896	1899
Baugewerke	2653	4720	7790
Bekleidungsindustrie	3072	6158	9083
Bergbau	3400	8575	13583
Eisen- und Metallindustrie	8136	15775	19374
Graphische Gewerke	8066	10407	12750
Holzindustrie	3915	6849	7198
Lederindustrie	774	2353	3672
Textilindustrie	5577	7547	9470
Eisenbahn-Verkehrswerke	540	19286	16665

1892 zählte man 70 343, 1899 schon 157 773 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in Oesterreich. Nur ist zu bemerken, daß die Organisationsform so vielgestaltig ist, daß manche Vereine, z. B. die „Arbeiterbildungsvereine“, kaum ernsthaft Gewerkschaften genannt werden können. Es gab 1899 nicht weniger wie 885 mehr oder weniger selbstständige Arbeiterverbände in Oesterreich, die Zersplitterung ist also noch sehr groß.

Die Gesamtentnahme der Gewerkschaften betrug (1899) 5 049 219 Kronen (Krone = 85 Hg.); die Gesamtansgabe belief sich auf 1 910 031,68 Kronen, der Vermögensstand aller Gewerkschaften an Baargeld auf 1 907 681,68 Kronen. Davon besitzgen der Metallarbeiterverband 79 641, der Buchdruckerverband 1 328 966, der Wiener Tischlerverband 3192, die Allg. Gewerkschaftsvereine Böhmens 11 033, der Steirerischer Allg. Gewerkschaftsverein 4375, die böhmischen Arbeiterbildungsvereine 14 631 Kronen.

Gewerkschaftspolitisch hochinteressant ist aber, daß, trotzdem die österreichischen Gewerkschaften notorisch und offiziell sich zur Sozialdemokratie zählen und den schärfsten Klassenkampf propagieren, sie dennoch alle ein sehr ausgebreitetes Unterstützungswesen haben!

Von den Ausgaben entfallen 298 000 Kr. (15,5 pSt. aller Ausgaben) auf Arbeitslosenunterstützung, 261 000 auf Krankenunterstützung, 85 000 auf Invalidenversorgung, 77 000 auf Reisegeld, 58 000 auf Sterbegeld und 21 000 auf Unterstützung in Nothfällen u. s. w. Das mögen sich diejenigen merken, welche einer Unterstützungseinrichtung in den Gewerkschaften widersprechen, weil sie angeblich „den Klassenkampf abschwächen“.

Ueber die stattgefundenen Streiks wird mitgeteilt, sie betrafen:

Jahr	Gesamtzahl	erfolgr. reich	theilw. erfolgreich	erfolglos
1897	246	17,47 pCt.	36,39 pCt.	45,53 pCt.
1898	255	18,42 "	41,18 "	40,00 "
1899	340	21,12 "	42,55 "	36,34 "

Diese Tabelle veranschaulicht überzeugend den zunehmenden Einfluß der österreichischen Gewerkschaften im Wirtschaftsleben.

Range wurde debattiert über die Frage: Lokal- oder Zentralorganisation? Schließlich fand folgende Vorlage der Gewerkschaftskommission über die Organisationsform Annahme: Für den Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation kommen folgende Formen in Betracht, für deren Anwendung die allgemeinen Verhältnisse der einzelnen Industriezweige sowie der Grad der Entwicklung der verschiedenen Organisationen maßgebend sind:

- Gründung von Berufsgewerkschaften;
- Verbindung verwandter Berufsgewerkschaften zu Berufs- oder Industrieverbänden, die sich über das ganze Reich zu erstrecken haben;
- Umwandlung von Industrieverbänden in Unionen, soweit die Bedingungen hierfür vorhanden sind (dieser Passus mit allen gegen zwei Stimmen);
- Verbindung der Gewerkschaften, Fachvereine, Ortsgruppen und Zahlstellen eines Ortes zu einem Ortsverbande zum Zwecke der Zentralisation der Arbeitsvermittlung, Errichtung von Herbergen und Abhaltung von Vorträgen und Unterricht am Orte.

Damit ist der Weg zur Zentralisation eingeschlagen. Beschlössen wurde ferner, wo angängig, Frauensektionen zu bilden; die Einzelverbände sind verpflichtet, sich möglichst bald zu zentralisieren und sind Sondergründungen zu unterlassen.

Beschlossen wurde ferner, die Gewerkschaftskommission vom Kongreß zu wählen und statt 2 wie bisher, ferner 3 Keller pro Organistrier und Monat an die Kommission zu zahlen. Bei dieser Gelegenheit entwickelte Legien, Hamburg, der als Gast anwesend war, seine Ansichten für eine neutrale Gewerkschaftsbewegung.

Im weiteren Verlaufe des Kongresses nahm er nach einem Referat Verlaufs eine Resolution an, die sich in Ansehung der Unternehmerkartelle für eine geschlossene, umfassende Arbeiterorganisation ausdrückt. Sodann sprach sich der Kongreß in einer Resolution zu Gunsten der Tarifgemeinschaften aus und setzte strenge Vorsichtsmaßregeln gegen unüberlegte Streiks fest. Am letzten Tage verhandelte man über das „Arbeitsstatistische Amt“ und Arbeitsvermittlung, wobei man sich auf den Boden der partiiischen Arbeitsvermittlung stellte. Beschlössen wurde, den Achtstundentag für Hütten- und Bahnarbeiter gesetzlich zu fordern. Die alte Gewerkschaftskommission wurde zumest wiedergewählt und am Freitag den 15. der Kongreß durch Smith geschlossen.

### Ähnlicher Chail.

Den Herren Zahlstellenträgern zur Beachtung.

Der von der Generalversammlung neu gewählte Verbandsassistent kann sich Amt erst am 20. Still aussetzen. Als Adressen sind die Adressen zu adressieren: Herr C. Suve, Berlin SO., Engelhofer 15, Nummer 14.

Der Verbandsvorstand.

### Erklärung!

Das zur Aufnahme gemeldete frühere Mitglied Bredow ist nicht Streikbrecher, wie irrtümlicherweise im Protokoll der 69. Sitzung vom 15. 6. cr. in Nr. 26 der Amesse zu lesen ist, sondern Streikender. Dies zur Nichtigstellung.

J. Schneider.

### 71. Vorstandssitzung vom 27. 6. 1900.

Entschuldigt fehlt Bey; von den Revisoren ist Priesener anwesend.

Ein Situationsbericht von Breslau wird zur Kenntnis genommen. — Nach Mitteilung von Elgersburg sind die drohenden Differenzen infolge Vereinbarung erledigt. — Zuschriften von Moschendorf und Belten werden durch Kenntnisnahme erledigt.

Differenzunterstützung für 22 833 Gotha wird nach erfolgter Recherche bewilligt. — Unterstützung für 18 904 Weismasser wird, entsprechend einem diesbezüglichen Zahlstellenversammlungsbeschlusse, endgültig abgelehnt.

Unterstützung für 25 861 Berlin II, wird vom 27. 6. ab bewilligt. — Dem Mitgliede 23 113 Selb, welchem die Unterstützung sistiert wurde, wird nach erfolgter Recherche Weiter-Unterstützung bewilligt. — Schindler, Sophienau, wird auf Empfehlung der Zahlstelle, mit 3 Jahren Straffarenzeit aufgenommen. — Einigen Ausnahmegesuchen von auswärtigen Mitgliedern der Zahlstelle Berlin II, sowie von Dhrbruf, wird ohne Straffarenzeit stattgegeben, indem die Betreffenden als Streikbrecher nicht erachtet werden können. — Eine Zuschrift von Waldenburg wird zur Kenntnis genommen. — Diverse Angelegenheiten, welche Einleitung von Recherchen bedürftig sind, werden, behufs Ueberweisung an den neu zu wählenden Vorstand, zurückgestellt.

Beihilfefond: Kusenthal Überänderung für 3460 Kolmar wird bewilligt. — Mitglied 6571 Oberhausen erhebt Widerspruch gegen einen ihm zur Last gelegten Vorstoß gegen § 13 B. R., hierzu wird Recherche beschlossen.

G. Wolmann, Vorsitzender.

J. Schneider, Verbandschriftführer.

### Aus unserm Berufe.

— Aus den „Mitteilungen“ des

Magdeburger Verbandes. (April-Juni).

Für die durch den Kohlenmangel zum Feiern gezwungenen Mitglieder sind 1000 Mk. von der Sparskasse abgehoben und als Unterstützung verwendet worden. — In Mannheim und Markt-leuthen sollen Zahlstellen gegründet werden. Als Revisor an Stelle Weise ist Kreikenbaum gewählt worden. — Ein Antrag, in Sornewitz eine Zahlstelle zu gründen, ist vom Vorort abgelehnt worden. — In Eisenberg, Waldenburg und Mannheim wollen anscheinend wegen miflichen Arbeitsverhältnissen Mitglieder den Arbeitsplatz aufgeben und wird denen Unterstützung in Aussicht gestellt. Der Vorort glebt seinen Mitgliedern zur Kenntnis, daß nach Orten, wo irgend welche Differenzen bestehen, weder Zahlung noch Umzugskosten gezahlt werden. Die Sperre sei damit indirekt verhängt. Sofern Mitglieder trotzdem dort Arbeit nehmen, haben sie den Ausschuß aus dem Verband wegen Schädigung der Vereinsinteressen zu gewärtigen.

Die von Neuhaldensleben angeregte „Verschmelzungsfrage“ haben wir bereits in unserem heutigen Artikel über die Generalversammlung gestreift, es sei nur noch nachzutragen, daß die Lokalfelle Roschütz nach der in unserer Gegenwart abgehaltenen Versammlung im März d. J. in einer Resolution Stellung nehmen wollte. — Weil es unklar ist, ob die Lokalfelle die „Kasse“ übernehmen will, ist es besonders „Kasse“, wäre, im größeren „Kassengeld“ zu lassen. Mitglieder zahl der Magdeburger Verbandes 210. Vermögen beträgt 210.000 Mk.

— Herr C. Suve, Berlin SO., Engelhofer 15, Nummer 14.

Der Verbandsvorstand.

— Herr C. Suve, Berlin SO., Engelhofer 15, Nummer 14.

Der Verbandsvorstand.

— Herr C. Suve, Berlin SO., Engelhofer 15, Nummer 14.

Der Verbandsvorstand.

— Herr C. Suve, Berlin SO., Engelhofer 15, Nummer 14.

Der Verbandsvorstand.

— Herr C. Suve, Berlin SO., Engelhofer 15, Nummer 14.

Der Verbandsvorstand.

— Herr C. Suve, Berlin SO., Engelhofer 15, Nummer 14.

Der Verbandsvorstand.

— Herr C. Suve, Berlin SO., Engelhofer 15, Nummer 14.

Der Verbandsvorstand.

— Herr C. Suve, Berlin SO., Engelhofer 15, Nummer 14.

Der Verbandsvorstand.

— Herr C. Suve, Berlin SO., Engelhofer 15, Nummer 14.

Der Verbandsvorstand.

— Herr C. Suve, Berlin SO., Engelhofer 15, Nummer 14.

Der Verbandsvorstand.

liegt. Das wird öfter auch anderwärts so gemacht, wenn das Geschäft flott geht, wird geknufft und geschunden, es wird demzufolge „viel Geld“ verdient, und sind die Aufträge dann erledigt, knapft man an den Arbeitslöhnen. Damit die Firma nicht allzu weit in ihren Bestrebungen geht, hat der Vorstand die Sperre verhängt und wolle man dies beachten.

— Damit Sie wenig Wissen, Steingutfabrik A. Ges., bei unseren Mitgliedern nicht ganz in Vergessenheit kommt, sei mitgeteilt, daß diese Fabrik zur Abwechslung einmal wieder Arbeiter sucht, natürlich: „Berliner Verbandsmitglieder werden nicht berücksichtigt.“

Porzellanfabrik Cripps sucht gewandte Maler, fügt jedoch nicht bei, daß sie Verbandsmitglieder konstituiert, weshalb ausdrücklich mitgeteilt sein mag, daß diese Fabrik gesperrt ist.

— Porzellanfabrik in Passau (Dressel, Rister u. Co.) sucht Arbeiter, die nicht dem Berliner Verbands angehören. Der Herr Lent ist Reserveoffizier und Sozialistenhater erster Güte; wer von den Kollegen auch nur einen Haufen Schein von Selbstständigkeit in wirtschaftlicher und politischer Beziehung sich wahren will, der melde lieber die im fernen Niederbayern so freundlich liegende, viel katholische Frömmigkeit bergende Stadt.

— Feuerwerk bei Reuth, Post Erbdorf in Bayern, Porzellanfabrik ist nicht mehr gesperrt, weil der Fabrikant gegen die Zugehörigkeit zum Verbands nichts mehr einwenden will.

— Herr C. Suve, Berlin SO., Engelhofer 15, Nummer 14.

Der Verbandsvorstand.

— Herr C. Suve, Berlin SO., Engelhofer 15, Nummer 14.

Der Verbandsvorstand.

— Herr C. Suve, Berlin SO., Engelhofer 15, Nummer 14.

Der Verbandsvorstand.

— Herr C. Suve, Berlin SO., Engelhofer 15, Nummer 14.

Der Verbandsvorstand.

— Herr C. Suve, Berlin SO., Engelhofer 15, Nummer 14.

Der Verbandsvorstand.

— Herr C. Suve, Berlin SO., Engelhofer 15, Nummer 14.

Der Verbandsvorstand.

— Herr C. Suve, Berlin SO., Engelhofer 15, Nummer 14.

Der Verbandsvorstand.

— Herr C. Suve, Berlin SO., Engelhofer 15, Nummer 14.

Der Verbandsvorstand.

— Herr C. Suve, Berlin SO., Engelhofer 15, Nummer 14.

Der Verbandsvorstand.

— Herr C. Suve, Berlin SO., Engelhofer 15, Nummer 14.

Der Verbandsvorstand.

— Herr C. Suve, Berlin SO., Engelhofer 15, Nummer 14.

Der Verbandsvorstand.

— Herr C. Suve, Berlin SO., Engelhofer 15, Nummer 14.

Der Verbandsvorstand.

— Herr C. Suve, Berlin SO., Engelhofer 15, Nummer 14.

Der Verbandsvorstand.

— Herr C. Suve, Berlin SO., Engelhofer 15, Nummer 14.

Der Verbandsvorstand.

— Herr C. Suve, Berlin SO., Engelhofer 15, Nummer 14.

Der Verbandsvorstand.

— Herr C. Suve, Berlin SO., Engelhofer 15, Nummer 14.

Der Verbandsvorstand.

— Herr C. Suve, Berlin SO., Engelhofer 15, Nummer 14.

Der Verbandsvorstand.

— Herr C. Suve, Berlin SO., Engelhofer 15, Nummer 14.

Der Verbandsvorstand.

der Sitzung vom 5. Juli abermals mit den  
Eintretigkeiten in der Giesel'schen Fabrik  
mehrere Stunden zu beschäftigen. Drei Klagen  
wegen Entlassung und Einbehaltung eines  
Lohnrestes lagen gegen dieselbe vor. Wir  
beschäftigen uns zunächst mit der des Brenners  
F., die uns am wichtigsten und Charakte-  
ristischsten erscheint.

F. war auf Stundenlohn beschäftigt. Am  
2. Juni d. J. hatte er ein Lohn für 54 Stunden zu  
fordern. In diesem Tage wurde ihm ein Revers zur  
Unterschrift vorgelegt, nach welchem er sich verpflichten  
sollte, aus dem Berliner Porzellanarbeiter Verbande  
auszutreten. Da er die Unterschrift verweigerte, wurde  
ihm die Stellung ausgetilgt. F. zog es vor, die  
Kündigungsklage erst nicht abzuwarten, sondern sogleich  
das Arbeitsverhältnis zu lösen. Dies hatte zur Folge,  
dass ihm der Arbeitsverdienst im Betrage von 15,60 M.  
nicht ausgezahlt wurde. Dieser Betrag bildete das  
Streitobjekt. Der Vertreter des Beklagten verteidigte  
das Vorgehen der Fabrik; sie habe sich wegen des Ver-  
tragsbruchs schuldig gehalten. Die Firma wurde kosten-  
pflichtig verurtheilt. Die Entscheidung ist von prinzipieller  
Wichtigkeit.

Ein Vertragsbruch liege vor, dieser sei aber im  
vorliegenden Falle durch die Maßnahme des Arbeitgebers  
verschuldet. Einen Arbeiter zu zwingen, aus einem  
Verbande auszutreten, sei gesetzlich unstatthaft, es greife  
eine solche Maßregel zu sehr in die persönlichen Ver-  
hältnisse des Arbeiters ein. Allenfalls kann der Arbeit-  
geber beim Arbeitsantritt sich den Austritt aus dem  
Verbande zur Bedingung machen; wenn der Arbeiter,  
wie hier schon eine Zeit lang gearbeitet, darf auf ihn  
kein Druck ausgeübt werden. Die Beklagte war demnach  
nicht berechtigt, den Kläger wegen der Arbeits Einstellung  
den schuldigen Lohn einzubehalten.

Der zweite Fall ist weniger wichtig als  
interessant, er lehrt sich im Wesentlichen  
gegen den Herrn Oberdrehler Dreise. Der  
Drehler Albrich ist entlassen worden, er er-  
hebt deshalb einen Entschädigungsanspruch  
von 34 M.:

Wir würden die Würdigung dieses Streitfalles ab-  
schwächen, wenn wir Herrn Dreise den Zugang des  
Sachverhalts nicht selbst erzählen ließen. Am 2. Juni er-  
sollten die Arbeiter, die sich im Verbande befinden, einen  
Revers unterschreiben, daß sie aus demselben austreten.  
Natürlich waren die Arbeiter darüber entrüstet, aber der  
Chef verlangte es einmal. Sie versammelten sich in der  
Werkskammer und berieten über die Sache. Die Arbeit  
wurde dabei vernachlässigt und ich war genöthigt, sie an  
ihre Pflicht zu mahnen. Herr Dreise, frug der Vor-  
sitzende, war auch der Kläger unter den Versammelten?  
Nein, der war nicht unter ihnen, aber er arbeitete auch  
nicht, ich wollte ihn dazu anhalten. Er weigerte sich  
aber und da sagte ich ihm, wenn er nicht an seinen  
Platz gehe und ruhig ist, werfe ich ihn hinaus. Darauf  
erwiderte der Kläger: von so einem Deal lasse ich mich  
nicht heranziehen. Wegen dieser Beleidigung meiner  
Person habe ich ihn entlassen. Der Kläger führte an,  
daß er nur einen Augenblick mit der Arbeit innegehalten,  
um einen Kollegen über eine die Arbeit betreffende An-  
gelegenheit zu befragen. Das Urtheil lautete auf kosten-  
pflichtige Verurtheilung der klagenden Firma. Der Ver-  
treter der Firma habe zugegeben, daß die Entlassung  
wegen der Beleidigung erfolgt sei. Der Ausbruch „Acht“  
gegen einen Vorgesetzten sei allerdings eine Beleidigung.  
Sie sei aber nicht in dem Grade ehrenverletzend, als das  
Wort „Acht“ als Entlassungsgrund voraussetzt. Der Aus-  
druck sei nicht als eine grobe Beleidigung im Sinne der  
Gewerbe-Ordnung anzusehen. Zu berücksichtigen sei  
dabei, daß in der Fabrik erbitterte Zustände zu herrschen  
wären. Aus diesen Gründen sei die Entlassung als  
unrechtmäßig angesehen worden.

Herr Dreise, der sehr selbstbewußt auftrat,  
war über die Entscheidung erschrocken sehr be-  
stürzt. Die dritte Klage, die gleichfalls  
interessante Momente aufweist, kommt erst am  
23. 1. Monat zur Entscheidung, wir werden  
und dann mit derselben beschäftigen. Wir  
haben Leo Mühl, daß die durch die Firma  
Giesel wegen ihrer Ungehorsamkeit zur Organi-  
sation entlassenen Arbeiter durch die Ent-  
scheidung des Dresdener Gewerbegerichts eine  
Genugthuung erhalten, wie sie sich nicht besser  
wünschen konnten. Durch diese Erkenntnisse  
ist die Fabrik gestärkt.

Die Entscheidung des Streits zwischen  
den Arbeitern und der Fabrik ist ein  
wichtiges Moment auf dem Wege zur Organi-  
sation der Arbeiter. Die Fabrik hat, nachdem  
sie die Arbeiter entlassen hat, machen  
sich die Fabrik gestärkt. Die Entscheidung  
des Gewerbegerichts ist ein wichtiges  
Moment auf dem Wege zur Organi-  
sation der Arbeiter.

verhältnisses bezieht ihnen die Firma den  
ganzen restirenden Lohn ein, angeblich wegen  
des im Voraus bezahlten Vorschusses und  
wegen Vertragsbruchs. Die Ungleichheit mit  
der Firma setzen wir als bekannt voraus.  
Die Kläger stellten sich auf den Standpunkt,  
daß die klagende Firma nicht berechtigt war,  
weder das ins Verbleiben gebrachte Lohn ein-  
zubehalten, noch das geliehene Geld, das sie  
als Darlehen und nicht als Lohnvorschuss be-  
trachten dürften, auf einmal in Abzug zu  
bringen. Der Lebensunterhalt der Arbeiter  
dürfte durch den Arbeitgeber nicht in einer  
Weise unterbunden werden, wie es seitens  
der Beklagten geschehen sei. Das Gewerbe-  
gericht erachtete der geliehenen Betrag als  
Lohnvorschuss, der bei Lösung des Arbeits-  
verhältnisses auf einmal in Abzug gebracht  
werden kann und wies die Kläger, soweit als „Vor-  
schüsse“ in Betracht kamen, mit ihren An-  
sprüchen ab. Hingegen verurtheilte es die  
Firma zur Zahlung derjenigen Beträge, die  
„wegen Vertragsbruchs“ einbehalten worden  
sind. Der verdiente Lohn sei unbedingt aus-  
zuzahlen, gleichviel, auf welche Art das  
Arbeitsverhältnis beendet worden ist. Der  
§ 394 des bürgerlichen Gesetzbuches lasse eine  
Aufrechnung nicht zu. Die Kläger hatten an-  
gegeben, auf welcher Art und Weise sie von  
der Firma auf's Straßenpflaster geworfen  
worden sind, nicht die Firma hätte sich zu be-  
schweren, sondern die brodbrot gemachten  
Arbeiter. Dem Vertreter der Beklagten wurde  
auch Seitens des Gerichts aufgegeben, dahin  
zu wirken, daß die Leute ihre Legitimations-  
papiere erhalten, die ihnen bis jetzt nicht über-  
mittelt worden sind.

Es empfiehlt sich, daß unsere Mitglieder  
sich die obigen Urtheile des Dresdener Ge-  
werbegerichts recht sorgfältig aufbewahren.  
Und wenn Arbeitgeber sich herausnehmen,  
Arbeiter wegen Zugehörigkeit zur Organisation  
zu maßregeln, so dürfte es gut sein, ihnen  
unter die Nase zu halten: „Einen Arbeiter zu  
zwingen, aus einem Verein auszutreten, ist  
gesetzlich unstatthaft.“

Jedenfalls wird sowohl der Herr Dreise  
als Herr Giesel nun bereits ein Paar in der  
Suppe gefunden haben, in der Suppe, die sie  
sich durch ihren Haß gegen die Koalitions-  
freiheit eingebrockt haben. — Im „General-  
anzeiger“ sucht die Firma einen Abtheilungs-  
Betriebsaufseher und reflektirt dabei auf  
„pensionierte Beamte, welche sich einen  
Nebenverdienst machen wollen“. Na, das läßt  
doch auch Schlüsse besonderer Art auf das  
Geschäft zu. Unsere Berufsgenossen mögen  
nach wie vor die Gesuche der Firma ignoriren  
und Solidartät üben.

Für die Ausgesperrten gingen noch folgende  
Gelder ein: von der Zahlstelle Witten 5.—, Köln-  
Schnefeld 10.—, bereits anläßt 806,60 M.  
Summa 821,60 M. Otto Götz, Matthias-  
straße 183.

In voriger Nummer haben wir nach  
der „Erfurter Tribune“ über Vorkommnisse  
bezüglich Versammlungsbehinderung in Ge-  
schweide und Platte Diveses mitgetheilt.  
Daß in diesen Orten der Kampf gegen die  
Behörden der Arbeiter sehr an der Tages-  
ordnung ist, davon konnten wir des öfteren  
schon Mittheilungen machen. Aber nicht nur  
dies von Seiten der Behörden, sondern auch  
von der Fabrikstellung scheint man alles zu  
versuchen, um der Organisation der Arbeiter  
zu Weh zu thun. So bekam hiesige Fabrik  
die Zahlstelle Platte gemachte Beschlüsse  
nicht zu lassen. Der Vorstand der Platte nach Platte,  
es mag vielleicht das Geschäft jetzt so still gehen,  
wie haben über die ganze Sache nichts  
Naheres in Händen) daß eine Person, die eine

Woche nicht in der Fabrik arbeitet, dieser  
einen großen Geschäftsnachtheil verursacht, doch  
ist uns erinnerlich, daß gerade in Platte die  
Arbeiter bei klarem Geschäftsgang des öfteren  
beschränkt arbeiteten und da hat man sicher  
auch sehr wenig nach den Nachtheilen, die da-  
durch der Arbeiter hat, gefragt. Auf alle  
Fälle hat die Direktion der Platte Porzellan-  
fabrik und die Krüger'sche Porzellanfabrik in  
Waldburg das eigenthümliche Verfahren  
der Urlaubsverweigerung gebraucht, um ihren  
Arbeitern die Verteilung auf einer General-  
versammlung unmöglich zu machen, was immer-  
hin tief blühen läßt. Und doch waren diesmal  
Berichte über Arbeitsverhältnisse durchaus nicht  
auf der Tagesordnung.

Jetzt erfahren wir nun, daß ein neuer  
Versuch des Herrn Bürgermeisters Weber  
unternommen worden ist, der Platten  
organisirten Porzellanarbeiterchaft ihr Ver-  
sammlungsrecht einzubäumen. Im vorigen  
Jahre haben wir den Herrn Bürgermeister  
persönlich kennen gelernt, anlässlich einer dort  
abgehaltenen Versammlung und konnten nur  
feststellen, daß er berechtigten Vorhaltungen  
gegenüber sich loyal verhielt. Das scheint nun  
aber anders geworden zu sein. Früher hielten  
die Porzellanarbeiter Platte's im Schießhaus ihre  
Versammlungen ab, in diesem ziemlich ge-  
räumigen Lokale hat der Schützen- und wohl  
auch Kriegerverein sein Heim und überraschte  
es uns nicht, als mit einem Male das Lokal  
nicht mehr den Proletariern zur Verfügung  
gestellt wurde. Sie siedelten nun in das  
Rathhaus über, der Wirth desselben übte  
Toleranz, ließ auf einmal in aber durch eine  
bürgermeisterliche Verfügung auch hier die  
Herrlichkeit zu Ende.

Was für Gründe vorliegen, entzieht sich  
noch unserer Kenntnis, hoffentlich erfahren wir  
aber hierüber bald etwas. Die Porzellan-  
arbeiter halten nun ihre nächste Versammlung (am  
14. 7.) „auf der Burg“ ab und wäre nur zu  
wünschen, daß sämtliche Berufsgenossen sich  
stets zur Versammlung nach dort begeben, sich  
der dortigen Zahlstelle anschließen (und zwar  
Männlein und Weiblein) und recht stolz von  
der Burg herab auf die Hinderrisse, die ihnen  
in den Weg gelegt werden, schauen.

Es wäre doch sonderbar, wenn es ihnen  
nicht durch einmütiges Zusammenstehen ge-  
lingen sollte, die Anerkennung ihres staats-  
bürgerlichen Rechtes und besonders die Mög-  
lichkeit der Ausübung desselben zu erringen.

Die patriarchalischen Zustände, wie sie in  
der ziemlich alten Platte'schen Fabrik früher  
bestanden haben mögen, von denen ist jeden-  
falls sehr wenig übrig geblieben und es wird  
eine eiserne Nothwendigkeit sein, daß die  
hiesigen Arbeiter zur Wahrung ihrer Interessen,  
zur Hebung derselben sich fest und fest zu-  
sammenschließen. Voriges Jahr machten die  
Berufsgenossen und Gewerksinnen in einer Ver-  
sammlung einen sehr guten Eindruck auf uns,  
es traten auch über 50 Personen der Zahlstelle  
bei, doch mußten in letzter Zeit eine ganze  
Anzahl wieder gestrichen werden. Vielleicht  
hilft der Herr Bürgermeister von Platte uns  
durch seine Maßnahmen, daß ein guter Geist  
wieder in die Reihen der dortigen Berufs-  
genossen einzieht.

— Fackelzug — Entlassung. In  
Kolmar i. P. hat am 1. Juli der Herr  
Direktor der dortigen Porzellanfabrik, Trinks,  
seinen Geburtstag gefeiert. Wenn er zu  
ihren 70. Geburtstag, den ihm unterstellten  
Arbeiter auf jeden Fall einmal einen  
guten Tag gemacht hätte, um das wäre  
schon ein ganz anderer Mann. Es scheint aber  
selbst der Beamten eine Ovation zusammen

gebracht worden zu sein, mit der man unter keinen Umständen einverstanden sein kann. Die Beamten, wenn sie Lust dazu verspüren, mögen immerhin durch einen Fackelzug ihre Ergebenheit dem Herrn Direktor bezeugen, sie werden entsprechend bezahlt für ihre Thätigkeit, wogegen die Arbeiter unseres Erachtens dazu keine Ursache haben. Wer da weiß, wie es bei solchen Arrangements gemacht wird, wie es denen, die sich bei solchen Anlässen anschließen, am Ende nicht vergessen, ja sogar sehr bald fühlbar angemerkt wird, der weiß auch, daß in 99 von 100 Fällen, die Arbeiter eben auf die Zirkulare hineinfallen, sie unterschreiben sich, zahlen zur Bestreitung der Kosten eventl. noch 1 Mark und dann heißt es, die Arbeiter haben aus lauter Liebe und Glückseligkeit zu dem betreffenden Vorgesetzten sich freiwillig gebunden, eine solche Ovation darzubringen. Wenn sich wirklich ein Direktor die Fürsorge für die ihm unterstellten Arbeiter angelegen sein läßt, (was anscheinend in diesem Falle aber gar nicht so sehr weit her sein kann, denn es wird des öfteren geklagt, daß zu wenig Bretter vorhanden sind, daß der Verdienst durchaus nicht „zu hoch“ ist) und die Verhältnisse so liegen, daß ein Ignorieren einer solchen Festivität nicht gut angängig ist, so sollte man aber wenigstens erwarten dürfen, daß organisierte Arbeiter weniger begeistert sind oder gar eine leitende Stelle im Festkomitee einnehmen. Nun, es mögen das die Genossen in Kolmar mit sich abmachen, uns liegt nur die Pflicht ob, einen ganz speziellen Fall von Toleranz des Herrn Direktors, den Kollegen vorzuführen. Ein Dreher kam am selben Tage, an dessen Abend wohl der Fackelzug entriert wurde, des Morgens zu spät zur Arbeit und hatte sich nicht in eine im Vorterhaus ausliegende Liste eingetragen. Möglich, daß der Arbeiter vielleicht nicht zum ersten Male zu spät kam, möglich auch, daß Bestrafungen für solche Verfehlungen festgelegt sind, daß aber der Arbeiter sofort entlassen wurde, angesichts des Festes, das mag wohl als eine eigenhümliche Geburtstagslaune betrachtet werden. — Ein Vorstelliger mußte auch nichts; im übrigen wird mitgeteilt, daß man an einen anderen Dreher, der für die Gesellschaft engagiert war, das Anfeuern stellte, er solle für denselben Preis wie ihn „Ungelernte“ erhalten, arbeiten. Auf Vorstelliger gab es die Antwort: Die Preise seien gut, wenn ihm das nicht passe, könne er gehen. Der wegen Zuspätkommen Entlassene soll nun allerdings auf dem Talar sich nicht unterschrieben und auch keine Mark abgeladen haben, sollte am Ende gar dieses mit die Schuld an der Entlassung haben? Nun, ohne die Harmonie dort etwa stören zu wollen, aber wir glauben doch, daß die Arbeiter beim nächsten Fackelzug etwas zurückhaltender sein könnten.

Von Kahla wird berichtet, daß in der oberen Fabrik (Alt-Ges.) ein sehr schneidiger Oberdreher mit Namen Eysert dominiert und der jedenfalls noch nie selbst Arbeiter war, denn sonst könnte er sich nicht zu den Thaten hinsetzen lassen, als es der Fall ist.

So soll er einem Dreher die Titel wie: „Gauver, Lump, Betrüger“ angehängt haben, überhaupt sei eine sehr beliebte Redensart von ihm, Arbeiter ohne Altersunterschied mit „nahezu Junge“ anzusprechen. Sogar einem 39-jährigen Arbeiter habe er Ohrfeigen angeboten.

Als Wunder, wenn dementsprechend die Lehrlingsausbildung bzw. die Feststellungen derselben nicht gerade jarter Natur sind. Das folgen werden da wohl nur gelinde Mittel

sein; er soll sich kürzlich einen Rohrstock besorgt haben. Vielleicht nimmt die Direktion einmal bei passender Gelegenheit Anlaß, diesen Herrn eine kleine Belehrung über die richtigere Anwendung seiner Autorität arg-dahin zu lassen.

In der „Wiesenschule“ (Alt-Ges.) sollen jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren Abends von 7—9 Uhr beschäftigt werden. Einer dieser Jugendlichen gehe Abends 1/2 7 Uhr nach Hause zum Abendbrot, um 7 Uhr trete er dann wieder zur Arbeit an. Das wäre, sofern es sich bewahrheitet, allerdings etwas weitgehende Ausnützung der Arbeitskraft solchen jugendlichen Arbeiters und die Kahla'er Genossen würden gut thun, wenn sie sich eingehend mit solchen Fällen beschäftigen und auf deren Abhilfe drängen.

Von Mannheim (Firma Sterner) wurden dem Vorstand Differenzen gemeldet, es ist uns jedoch bis dato von der Sache nichts mitgeteilt worden. Auf alle Fälle wird aber Vorlicht am Plage sein.

In Tübingen (Firma Grofsuf) drohen Differenzen bei den Malern auszubrechen. Hoffentlich erhalten wir für nächste Nummer etwas Näheres.

Arbeitergewerke von der Firma Genet u. Schwabe (Kalter Porzellanfabrik) in Eisenberg sind zu ignorieren, da der Vorstand über diese Fabrik die Sperre verhängt hat.

Für die ausgesperrten Porzellanarbeiter in Eisenberg eingegangene freiwillige Unterstützung: Zahlstelle Weißwasser 15 Mk. Bereits quittiert 10 Mk., Summa 25 Mk. Kob. Schröder.

### Soziales, Gewerkschaftliches etc.

Der christliche Gewerkeverein-Kongress erfährt in den Kreisen, denen die Tauspathen der Gewerkevereine angehören, eine recht abfällige Beurteilung. Die katholische „Mein. Volksstimme“ gesteht, daß sie:

„... nicht vermag, den Beschlüssen des Kongresses bezüglich der Lohnbereizung und natürlich immer noch kürzere Arbeitszeit besondere Sympathie entgegenzubringen. Thatsächlich ist der Arbeiterstand jetzt besser gestellt als der mittlere und kleinere Bauer und es wäre die höchste Zeit, einmal für die Rettung der letzteren aus ihrer elenden Lage mit Entschiedenheit und mit Hilfe großer Mittel einzutreten. Die einseitige Begehrlichkeit der Industrie-Arbeiter bedarf wirklich keiner künstlichen Förderung mehr.“

Hätte der Kongress sich in Angriffen auf die andersdenkenden Arbeiter erschöpft, dann natürlich bekam er eine gute Note. Herr Pfarrer Dreiffen, der Inspirator bei der Gründung des christlichen Gewerkevereins der Vergleiche, ist so verschmüpft von den Kongress-verhandlungen, daß er seinen Vorstoß im Kölner „Arbeiterklub“ niederlegte und erklärte, er könne sich nicht Bestrebungen widmen, denen die Verteidigung der christlichen Weltanschauung nebensächlich und überflüssig sei.

Bessere Klärung über die Stellung des Klerus zu dieser Frage wird die demnächstige Bischofskonferenz in Fulda bringen. Auf dem jüngst abgehaltenen Delegiertenkongress des Verbandes der katholischen Arbeitervereine Nord- und Ostdeutschlands erklärte bei einem Antrag, daß der Verbandstag Stellung nehmen sollte zur Gewerkschaftsbewegung, der Generalsekretär Dr. Silke, daß es sich empfehle, diese Frage bis zum nächsten Delegiertenkongress zurückzugeben, da die diesjährige Bischofskonferenz sich mit dieser Frage befassen wird. Speziell latente sich für die Gewerkschaftsbewegung der Fürstbischof von Breslau, der

mit sich den Herren, die in dieser Frage sehr eingeweiht seien, in Verbindung gesetzt habe, um über diesen Gegenstand in Fulda zu referieren. — Auch die Bischofskonferenz wird die wirtschaftlichen Thatsachen nicht meistern können und sich mit der Entwicklung abfinden müssen. Sehr bezeichnend ist, daß das Hauptorgan des Zentrums, die „Germania“, angesichts des Frankfurter Kongresses die Frage aufwirft, ob nicht eine wirtschaftliche Organisation der 1 1/2 Millionen katholischer Arbeiter zu erwägen sei! Da wären wir ja schon wieder bei den „konfessionellen Gewerkschaften“ angelangt, nachdem kaum 5 Jahre die Interkonfessionalität das Allheilmittel sein sollte. Und diese schnelle Ueberzeugung nur, u. d. der Frankfurter Kongress sich nichtliche Arbeitervertretung, keine Arbeiterhege zu Schulden kommen ließ. Nun, den Arbeitern werden schon die Augen aufgehen, auch wenn es gelänge, die Redner von Frankfurt zahm zu machen.

Die „Hilfe“ bringt einen besonderen Artikel über den Kongress, worin es u. A. heißt:

„Eines haben sie nicht ganz erreicht für diesmal, die Arbeiterführer der Christlichen. Sie wollten den Gewerkschaftskongress festlegen auf Parität, auf politische und konfessionelle Neutralität, sie wollen in einer Resolution klar und bestimmt aussprechen, das Christliche Gewerkschaften nur Durchgangsstadien für spätere gemeinschaftliche Organisationen aller Arbeiter sein sollten. Als Endziel sollte nicht eine allumfassende christliche Organisation gelten, sondern eine allumfassende rein gewerkschaftliche. Was die sogenannten sozialdemokratischen Gewerkschaften jetzt eben anfangen zu begreifen und schüchtern hier und da zu verwirklichen, die neutrale Gewerkschaftsbewegung, das wollen die Glesbergs, Brust, Baer u. A. schon heute als allgemein anerkanntes Prinzip in ihren Reihen durchdrücken. Das ist ihnen nur theilweise gelungen. Die Gegner dieser vernünftigen und einzig richtigen Gewerkschaftspolitik waren noch zu mächtig. Zwar konnten sie ihren Antrag, der die Gründung und Pflege spezifisch christlicher Gewerkschaften als Zukunftspol für alle Zeiten festlegen und den Gegensatz zwischen christlichen und unchristlichen Arbeitern verewigen wollte, nicht zur Annahme bringen. Aber es gelang doch diesen Gegnern, als deren Seele ein katholischer Pfarrer Dreiffen in Köln und ein katholischer Redakteur Roth in Stuttgart — beide nicht dem Arbeiterstande angehörig — gelten, die Tragweite der ganzen Frage so ungeheuer aufzubauschen, daß die ängstlichen Gemüther schließlich in der Mehrheit waren, die erst im nächsten Jahre definitiv Stellung hierzu nehmen wollten. Wäre diese grundsätzliche und sehr wichtige Frage am Anfang statt am Ende des Kongresses verhandelt worden, so wäre sie sicherlich im Sinne der Arbeiterführer und zu Ungunsten der Antragsteller entschieden worden.“

Ob im nächsten Jahre, wo der Kongress in Arafeld tagen soll, die Entscheidung noch ebenso ausfällt, ist freilich nicht ganz sicher. Die Masse der Delegierten, die in Frankfurt versammelt waren, zählte zu jenen leicht umstimmbaren, unklaren und ungelärten Elementen, die jede größere Bewegung in ihren Anfangsstadien mit sich schleppt muß, und daß von Seiten der katholischen Geistlichkeit und der einseitigen Zentrumspolitik alle Kräfte mobil gemacht werden, um im Laufe dieses kommenden Jahres die christliche Gewerkschaftsbewegung wieder in das alte Jahrhundert zurückzuführen, ist kaum zweifelhaft. Es wird sich dann zeigen,

ob der Einfluß der Gründer oder derjenige der neuen Führer auf die Massen größer ist. Und das wird wieder wesentlich davon abhängen, ob es gelingt, jetzt schnell eine einheitliche Leitung und eine wirkliche Gewerkschaftspresse zu schaffen, oder nicht."

**Keine nennenswerthe Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit.** Der Holzarbeiter Wahnuth hatte durch Betriebsunfall die Spitze des linken kleinen Fingers verloren. Nach Vernarbung des Stumpfs wollte ihm die Norddeutsche Holz-Berufsgenossenschaft keine Rente mehr zahlen. W. legte Berufung ein und machte geltend, er wäre immer noch in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt. Das Schiedsgericht verwarf aber das Rechtsmittel, indem es sich auf ärztliche Atteste berief. Der Kläger wandte sich nunmehr an das Reichs-Versicherungsamt. Diesem legte er eine Bescheinigung des Arbeitgebers vor, wonach er jetzt nur 37 Pfg. Stundenlohn beziehe, während er vor dem Unfall 40 Pfg. erhalten habe. W. behauptete ferner, daß der Stumpf empfindlich sei. Das Revisionsgericht wies ihn indessen ebenfalls ab. Geheimrath Greif als Vorsitzender führte begründend aus: Die beiden gehörten Rechte stimmten darin überein, daß eine nennenswerthe Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit des Verletzten nicht vorliege. Das sei entscheidend, denn nach Annahme des Reichs-Versicherungsamts bestünde eine Entschädigungspflicht der Berufsgenossenschaften nur so lange, als die Beschädigung einen wirtschaftlich meßbaren Grad erreiche. Daß der Stundenlohn des Klägers jetzt 3 Pfg. niedriger sei, könne auch nicht beachtet werden. Der Unternehmer und der Kläger hätten nicht näher begründet, warum die Herabsetzung des Lohns erfolgt sei. Die bloße Mittheilung und Verjüngung der Thatsache bedeute für den Reichs-streit nichts, denn die Höhe der Lohnbezüge werde vielfach auch durch andere Momente beeinflusst, als durch die Erwerbsfähigkeit.

**Frauen in den Männer-Universitäten.** Mehr und mehr dringt auch in Amerika die Ansicht durch, daß Frauen an den Männer-Universitäten zugelassen werden können. So hat jetzt die Universität von Rochester im Staat New-York bei der Feier ihres 50jährigen Bestehens angekündigt, daß sie zum September ihre Thore den Frauen öffnet. Vor einem Jahre machten die Leiter der Universität bekannt, daß die Frauen zugelassen werden könnten, wenn 50 000 Dollars für die Einrichtung weiterer Kollegräume zusammengebracht würden. Die Frauen von Rochester haben so tüchtig gearbeitet, daß sie bis jetzt 40 000 Dollars gesammelt haben und sie hoffen, bis zum Herbst auch die noch fehlenden 10 000 Dollars hinzuzufügen zu können.

**Die Anstellung von weiblichen Hilfsbeamten in den hessischen Gewerbe-Inspektionen** hat sich aufs Beste bewährt. In den kürzlich erschienenen Berichten über das Jahr 1899 wird anerkannt, daß durch die Thätigkeit der zwei Assistentinnen eine Lücke ausgefüllt worden ist. Der Darmstädter Fabrikinspektor erklärt: „Durch den direkten Verkehr der Assistentin mit vielen Arbeiterinnen sind manche Missstände und Mängel aufgedeckt und beseitigt worden, deren Vorhandensein wohl dem männlichen Personal entgangen wäre.“ Auch der Beamte des Offenbacher Bezirks rühmt den Nutzen der Thätigkeit der Assistentin und faßt sein Urtheil wie folgt zusammen:

Die Einführung weiblicher Beamten in den Gewerbe-Aufsichtsdienst kann, wie sich nach den Verhältnissen des Bezirkes bis

jetzt beurtheilen läßt, als ein wesentlicher Fortschritt für die Durchführung der gesetzlichen Maßnahmen bezeichnet werden, namentlich auch in der Richtung, daß den Beamten, die in Folge ihrer Vermittlerrolle zwischen schroff gegenüberstehenden Gezerrten sich in die Ehe- und Arbeitsverhältnisse der beiden Parteien in möglichst vollkommener Einleben sollen, ein weiser Einblick in diese Verhältnisse bezüglich der weiblichen Arbeiter eröffnet worden ist."

Als ein gutes Zeichen für die Wirksamkeit kann auch das Mißbehagen angesehen werden, das die neue Einrichtung bei den Arbeitgebern hervorruft. Der Mainzer Beamte bemerkt in dieser Beziehung, daß die Aufnahme der Assistentin sich zwar „immerhin noch als befriedigend“ bezeichnen lasse. „Aber die durch die verhältnismäßig wenigen Betriebe und nur geringen schriftlichen Arbeiten hervorgerufene reichliche wiederholte Revisionsfähigkeit scheint das Entgegenkommen zu stören und besonders noch deshalb, weil das Befragen der Arbeiterinnen, wodurch manche Mißstände aufgedeckt werden, meistens nicht gebilligt wird. Daher erklärt sich dann auch zur Genüge, warum die Arbeiterinnen, laut des Inspektionsberichts, in ihren Antworten „sehr vorsichtig und scheu“ sind. Grund genug, an der Einrichtung festzuhalten und sie weiter auszubauen.“

**Der zweite Pariser Internationale Frauenkongress.** Unter der Protection des Ministeriums des Handels findet der zweite (bürgerliche) Frauenkongress während der Ausstellung zu Paris vom 5. bis 8. September im Kongresshaus statt. Die Stellung und die Rechte der Frau sind die Hauptgegenstände des Kongresses. Dem Kongress werden die folgenden Fragen vorgelegt:

In wirtschaftlicher Beziehung die Gleichheit des Lohnes.

In Bezug auf das Familienrecht gleiche Rechte für die beiden Geschlechter.

In politischer Beziehung die gleichen Rechte für Mann und Frau.

Die Verhandlungen des Kongresses werden in drei Sektionen stattfinden. Die erste Sektion behandelt wirtschaftliche, moralische und soziale Fragen und hat als Hauptgegenstand die Stellung der Frau in den verschiedenen Zweigen menschlicher Thätigkeit. Löhne, Werthschätzung der Arbeit der Frau in der Familie, Arbeitszeit, Hygiene sind die einzelnen Thematika. In der Moral verlangt man die gleiche Moral für beide Geschlechter und Unterdrückung der Reglementierung. Die zweite Sektion beschäftigt sich mit der Erziehung und verlangt gleiche und gemeinsame Erziehung für beide Geschlechter. In der dritten Sektion werden zuerst die Gesetzgebung und das Privatrecht behandelt. Reform der Ehegesetze und Organisation der Familie sind die Hauptgegenstände. In Bezug auf das öffentliche Recht wird Zulassung der Frauen zu den öffentlichen Elementen und gleiche politische Rechte verlangt.

### Literarisches.

Ein neues Gewerkschaftsblatt erscheint vom 1. Juli an unter dem Titel „Elektrische Revue“ als Organ des Centralverbandes der Elektromonteurs und verwandten Berufsgenossen Deutschlands mit der Beilage „Der Elektromonteur“. Die Redaktion dieses Blattes für alle Gebiete der Technik, Hygiene, Kunst und Industrie liegt in Händen des Genossen Ingenieur P. R. Grunpe-Berlin, der sie zuerst unentgeltlich besorgt. Das Blatt erscheint vorläufig monatlich einmal mit technischen und sozialpolitischen Jahrbuch mit Einsicht auf die Illustrationen zu den technischen

Artikeln ist für die Zeitung besonders gutes Papier gewählt worden. — Wir wünschen diesem neuen Gewerkschaftsblatt ein gutes Gedeihen.

**„In Freien Stunden“** illustrierte Romanbibliothek für das arbeitende Volk in Wochenheften à 10 Pfg. Absetzung 23 bis 25 sind eben erschienen und bringen die Fortsetzung des erzählten Romans „Der Beyer-Junker“ von P. Marins-Gouh. Ferner die heillosen Skizzen: „Eine Vorstellung vor dem Goleipersonal“, „Er ist befehllos“ und „Eine zufällige jüdische Pöbelarmergasse“. Mit dem 27. Heft, das am 7. Juli erscheint, beginnen wir mit dem Abdruck des fesselnden kulturhistorischen Romans „Der Sohn des Rebellen“ nach Viktor Hugo's Roman „Der letzte der Mann“.

Wir bitten unsere Leser, dieser wirklich guten Romanbibliothek für ihre Frauen und Kinder in ihrer Familie eine Stelle zu bereiten an Stelle der oft so werthlosen bürgerlichen Unterhaltungsliteratur, die durchgängig theurer und schlechter ist als „In Freien Stunden“.

Neue Abonnenten können jederzeit einsteigen. Jeder Kolporteur, jeder Buchhändler (auch die Post zum Vierteljahrspreis von Mk. 1.20, Postzeitungsstatistik Nr. 377) nimmt Bestellungen auf Heft 10 Pfg. Bestenfalls an: Man versuche es wenigstens mit einem Probe-Abonnement auf „In Freien Stunden“.

Den Parteigenossen, die in Fabriken und Werkstätten Abonnenten sammeln wollen, sendet die Verlagsbuchhandlung auf Verlangen Sammelmaterial gratis und franko.

**Internationale Streikstatistik.** Trotz dem im Mai die Anzahl der Streiks noch zugenommen hat, hat die Ausstanzbewegung doch schon eine merkliche Abschwächung erfahren. Es streikten nach der internationalen Streikstatistik der Berliner Volkswirtschaft „Der Arbeitermarkt“ in England und Frankreich zusammen im Mai nur 18 445 Arbeiter gegen 52 452 im April. Doch fehlt es deswegen noch immer nicht an großen Ausständen. So streikten in Gent und Renais 7000 Weber, in Kopenhagen standen die Straßenbahner und 3000 Erdarbeiter aus, aus Stockholm wurde eine Bauarbeiterperre gemeldet. Die anfänglich eines Streiks an 20 000 Arbeiter in Mühlenthorst gezogen hat. Auch in Rußland war die Streikbewegung überaus lebhaft. In Wladiwostok streikten im Anschluß an die Russen die Arbeiter einiger Fabriken. In Tientsin waren in verschiedenen Gewerben die Arbeiter mit den jüdischen Arbeitern zusammen ausständig. In Kijew endlich streikten 1000 Arbeiter mit bestem Erfolg. In Amerika streikten unter Anderem etwa 300 auf dem Gelände der panamerikanischen Ausstellung in Buffalo beschäftigte Arbeiter, ferner in St. Louis 200 Angestellte der Straßenbahn.

Todesanzeigen.	
Oberhausen. Ferd. Bacharias, Maler, geb. 8. August 1855 zu Kahl, gest. 26. Juni 1900 zu Duisburg a. Rh. an Herzlähmung. Krank 1 Jahr 5 Wochen. Verbands- und Beihilfensmitglied.	Plau. Adalbert Pabst, Maler, geb. 8. Januar 1846 zu Scheib, gest. an Magenkrebs. Krank 8 Wochen.
Königszell. Jos. Jehl, Maler, geb. 1. April 1864 zu Wittwer, gest. 14. Mai 1900 an Schlagfluß. Verbandsmitglied.	Ed. Paulus, Dreher, geb. 20. Juni 1858 zu Steiermark (Oesterreich), gest. 1. Juli 1900 an Lungentuberkulose. Krank 1 Jahr 4 Monate. Verbands- und Beihilfensmitglied.
Ehre ihrem Andenken.	

### Adressen-Nachtrag.

Kolmar i. P. Vorst.: Emil Raßlas, Dreher, Bischofsstr. 11. Rev.-: Jul. Zug, Dreher, Büchelstr. 25. Kolmar.  
Tambach. Rev.-: Heinz Dörmner, Maler.

### Versammlungskalender.

Berlin. Vorstandssitzung Dienstag, 17. Juli, Abends präzis 8 Uhr im Gesellschaftshaus.  
Kryberg. Sonnabend, 14. Juli, Abends 7 1/2 Uhr im Vereinslokal. Berichterstattung von der General-Versammlung. Quartalsabschluss.  
Blauenstein. Sonnabend, 14. Juli, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Bericht der Delegierten.  
Charlottenburg. Sonnabend, den 14. Juli, Abends 8 Uhr bei Seher, Wilmersd. und Reichardt. Gde.  
Goldberg. Sonnabend, 14. Juli, Abends 8 Uhr im „Sächsischen Hof“.  
Falkenberg (Oder). Sonnabend, 14. Juli, Abends 8 Uhr im „Schwarzen Wirt“. Beitragsrollen und Bibliothek.

Gotha. Sonnabend, 14. Juli, Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant zur Erholung.

Gräfenroda. Sonnabend, 15. Juli, Nachmittags 8 Uhr im Vereinslokal. Bericht des Delegierten. Quartalsabschluss.

Hausen. Sonntag, 15. Juli, Nachmittags 1 Uhr im Vereinslokal zu Innersdorf. Quartalsabschluss. Aufnahme neuer Mitglieder.

Kolmar t. P. Sonnabend, 14. Juli, Abends 8 Uhr bei Berg. Quartalsabschluss.

Käps. Sonnabend, 14. Juli, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Bericht des Delegierten Seelmann.

Langesleben. Sonnabend, den 14. Juli, Abends 9 Uhr in der Reinalthalle. Berichterstattung von der General-Versammlung.

Marktredwitz. Sonnabend, 14. Juli, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Quartalsabschluss. Bibliothek-Bücherabgabe.

München. Sonnabend, 21. Juli im Restaurant „Zur neuen Hauptpost“. Gde. Sen- und Schwanhale-Fraße. Tages-Ordnung: Vortrag über Gewerkschaften. Geschäftliches. Verschiedenes.

Probstzella. Sonntag, 15. Juli, Nachmittags 3 Uhr. Gemeinschaftliche Versammlung der Zahlstellen Probstzella und Gräfenhal in Ropten. Berichterstattung des Delegierten.

Plaue. Sonnabend, 14. Juli, Abends 8 Uhr auf der Burg.

Rathenow. Sonnabend, den 14. Juli, Abends 8 Uhr bei Regel. Quartalsabschluss.

Reichenbach. Sonnabend, 14. Juli im Vereinslokal. Wegen Quartalsabschlusses sind sämtliche Beitragsreste zu entrichten.

Roslau. Sonnabend, 14. Juli im Vereinslokal. Bericht des Delegierten von der General-Versammlung.

Schönwald. Sonnabend, 14. Juli, Abends 7 Uhr im Vereinslokal bei Wegert. Quartalsabschluss. Beitragsreste sind zu entrichten.

Städtl. Sonnabend, 14. Juli im Vereinslokal.

Suhl. Sonntag, den 15. Juli, Nachmittags 3 Uhr im Gasthaus zur Lauter.

Untermhaus. Sonnabend, 14. Juli, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Quartalsabschluss und Kassenübergabe, deshalb müssen alle Beitragsreste bis dahin beglichen sein.

Unterpörlitz. Sonnabend, 21. Juli im Vereinslokal. Berichterstattung von der Generalversammlung.

### Anzeigen.

Otto Seifert Zwicken i. Sachs. Schmiedelehre  
Alle goldhaltigen Sachen kauf zu höchsten Preisen. O. Seifert. Beste Bedienung.

**Goldschmied, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Röpfe u. s. w.**

werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mk. 60 Pf. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt.

**H. Haupt, Dresden-A.**  
Dammerstr. 12.

### Goldschmied

goldhaltige Lappen und Flaschen lauft zu hohen Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung.

**Oskar Rottmann, Städtl., Thür.**

Kahla. Den Mitgliedern der hiesigen Zahlstelle zur Kenntnis, daß ich in meiner Wohnung nicht mehr annehme, sondern jeder Sonnabend von 8-8 Uhr im Hofgarten sämtliche Verband Angelegenheiten erledigen werde.  
Carl Bühl, Kassier.

Bonn. Sonnabend, 21. Juli, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Den Mitgliedern gebe bekannt, daß ich am 20. d. M. die letzte Hälfte der Quartalsentnahme und die Bezahlung von dieser Zeit anfallenden Beiträgen, die ich zum Teil schon an einzelnen Mitgliedern entnommen habe, nachkommen kann.  
Dr. Rottmann.

**Emil Böhme, Eisenberg S.-A.**  
Einkaufsgeschäft für Glanzgold  
Goldschmied und alle goldhaltigen Sachen.  
Reelle und pünktliche Bedienung.  
Man verlange Prospekte. Aeltest. Geschäft dieser Art.

Arzberg. Da der Quartalsabschluss am Sonntag, den 15. Juli fertig gestellt wird, so ersuchen wir die Mitglieder hiesiger Zahlstelle, bis dahin die restierenden Beiträge begleichen zu wollen, auch sind die lange ausstehenden Bibliothekbücher mit einzuliefern.  
Die Verwaltung.

**Berlin!**  
Sonnabend, den 14. Juli, Abends 8 Uhr findet im

**Englischen Garten, Alexanderstr. 27**  
**Gemeinschaftliche Versammlung**

der Zahlstellen Berlin I., Berlin II., Berlin-Weiß, Charlottenburg und Spandau statt.

1. Bericht der Delegierten zur Generalversammlung; Craag, Brunert, Punt, sowie des Kassiers Poeseneder.

2. Diskussion.

3. Wahl der Beisitzer und Ersatzmänner zum Vorstand.

Bei der Wichtigkeit der zur Verhandlung stehenden Punkte wird erwartet, daß die Mitglieder der genannten Zahlstellen ohne Ausnahme pünktlich zur Stelle sind.  
Reich, Poeseneder, Schön.

Charlottenburg. Die auf Sonnabend, den 14. d. M. anberaumte Zahlstellenversammlung findet nicht bei jeder, sondern in Gemeinschaft der übrigen Zahlstellen in Berlin, Alexanderstr. 27c, statt. In Anbetracht der wichtigen Tages-Ordnung bittet um zahlreichen Besuch.  
Die Verwaltung.

Charlottenburg. Allen Mitgliedern zur Kenntnis, daß Beiträge sowie Reste bis Sonnabend, den 14. Juli 1900 wegen Quartalsabschlusses bezahlt sein müssen.  
F. Gerber.

**Dresden. Porzellanarbeiter!**  
Sonntag, den 15. Juli

**Partie nach Gosterwitz, Heppgrund, Heppmühle, Zuckerrut, Villnib und Klein-Schadwitz.**

In Schadwitz im Gasthof des früheren Kollegen Dieke gemütliches Beisammensein und Tanz.

Abfahrt per Schiff Mittags 1 Uhr von Altstadt. Fahrkarte für Hin- und Rückfahrt bis Schadwitz zu lösen. Um zahlreiche Beteiligung ersuchen  
Die Vertrauensmänner

Eisenberg. Sonnabend, den 14. Juli, Abends 8 1/2 Uhr

**Zahlstellen-Versammlung.**

Bericht des Delegierten Böhme von der Generalversammlung.

Hierzu werden die Mitglieder der Zahlstellen Eisenberg, Reichenbach und Untermhaus freundlich eingeladen.  
Die Verwaltung.

Nürnberg. Ersuche die geehrten Kassier, mir die Adresse des Mitgliedes 23 037 (Paul Dettinger) anzugeben.  
E. Boller, Kassier, Martin Behaimstr. 12 1.

Nürnberg. Mach die Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen noch rückständig sind, darauf aufmerksam, daß Sonntag, den 15. Juli Abschied stattfindet.  
E. Boller, Kassier.

Potschappel. Sonntag, den 22. Juli 1900, Nachmittags 1/2 vom Gasthof Gainsberg

**Partie nach Ode Brunn**  
bei Charandt

durch die Seiden, Charandt, Dellmann u. s. w.  
Hierzu werden alle Mitglieder, die noch rückständig sind, zu zahlreichem Besuch eingeladen.  
Das Komitee.

Reichenbach. Sonnabend, 14. Juli, Abends 8 Uhr im Vereinslokal

**Versammlung**

berichtet über den Quartalsabschluss und die Bezahlung der Beiträge.

Die Verwaltung.

Die Verwaltung.

Plaue. Sonntag, den 15. Juli findet in der Sommerwirtschaft „Zur Burg“ ein

**Sommerfest**

der hiesigen Porzellanarbeiter statt. Nachmittags und Abends **Concert**. Es werden hierzu die Mitglieder der Zahlstelle mit ihren Angehörigen, sowie die Zahlstellen Gräfenroda, Gräfenroda und Jmenau freundlich eingeladen.  
Die Verwaltung.

Weisswasser. Sonntag, den 15. Juli findet im Lokale des Herrn Schulz „Gasthaus zur Krone“ das diesjährige

**Stiftungsfest**

der Zahlstelle statt. Nachmittags: **Concert**. Abends: **Ball**.

Es werden hierzu die Mitglieder der Zahlstelle mit ihren Angehörigen, sowie die Zahlstellen Tiefensurt, Sorau, Ramenz, Freiwaldau, ferner die Einzelmitglieder in Schelthal, freundlich eingeladen.  
Die Verwaltung.

**Zur Beachtung!**

Wie bereits mitgeteilt, tritt Schluß der Redaktion nicht wie früher am Dienstag Abend, sondern schon am **Dienstag Morgen** ein.

Man wolle also dementsprechend alles das, was in die betreffende Nummer soll, rechtzeitig absenden, so daß am Dienstag Morgen alles in unseren Händen ist. Spätere Berichte zc. müssen natürlich entsprechend früher eingehen, wenn auf Aufnahme in der folgenden Nummer berechnet wird.

Die letzte Nummer ist erst am Freitag Nacht expedirt und am Sonnabend Morgen zur Post gegeben worden, mußte also später in die Hände der Leser gelangen.

Klammationen wegen späten Empfang beantworten sich hierdurch. Es wird nunmehr wieder regelmäßig am Donnerstag Nachmittag die „Ameise“ zur Post gegeben; sofern dieselbe auffällig spät an die Adressaten gelangt, wolle man sich an die Postbehörde des Bestellbezirkles wenden.

Was die Anzahl der Exemplare für die Zahlstellen anbelangt, so wird immer nach dem jeweiligen Bestand der Mitglieder, welchen der Verbandskassier feststellt, expedirt.

In voriger und dieser Woche ist eine solche Feststellung wegen des Abgangs von Bey nicht erfolgt und ist es möglich, daß eine oder die andere Zahlstelle einige Exemplare weniger oder auch mehr erhält.

Eosern größere Abweichungen von der richtigen Zahl vorkommen, wolle man, so lange der neue Verbandskassier nicht in Thätigkeit ist, uns direkt hiervon Mittheilung machen.

Während der Generalversammlung sind einige Abkommensbeträge angekommen, deren Annahme wegen dem Uebergang nicht vollzogen wurde.

Es wird auf die in heutiger Nr. befindliche Notiz des Vorstandes Bezug nehmend von Selbst aufmerksam gemacht.

Als einfacher und praktischer Bezug unseres Blattes kann jener durch die Post empfangen werden. Bestellungs-Nr. 25 a.

Redaktion und Expedition der „Ameise“  
No. 50, Engelmerstr. 11